



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation Nr. 2 vom 28.2.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: ENGAGEMENT GEGEN FLUCHTURSACHEN

- Wölken: Starke Umweltpolitik zur Eindämmung von Klimaflucht
- Rücker: 50 Jahre Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen
- Kotthaus: Engagement gegen Fluchtursachen
- Rieken: Ziviler Friedensdienst und Flucht
- Renner: Fluchtursachen vermeiden - aber wie?
- Braunsdorf: Fluchtursachen Made in Europe

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

- Kommission und Parlament: Zunehmender Drehtüreffekt
- Weltweite Erosion der Menschenrechte
- EUD und JEF unterstützen Grassroots-Aktionen zu Europa

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

- Europäisches Solidaritätskorps: Öffentliche Konsultation
- Europa für Bürgerinnen und Bürger: Öffentliche Konsultation
- Feedback für bessere Rechtsetzung
- Bürgerschaftliches Engagement und Entwicklungspolitik

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

- Bürgerdialoge: »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!«
- Symposium der AG »Europa und Internationales«: Engagement gegen Fluchtursachen
- Engagement für Geflüchtete im europäischen Vergleich: Konferenz
- Europas Freiwilligenhauptstadt 2019: Ausschreibung
- Europäische Engagementstrategien entwickeln: Konferenz in London

FACHDISKURS

- 30 Jahre Erasmus-Programm
- EU-Urheberrechtsreform: Veranstaltung und Dokumentation
- EU-Flüchtlingspolitik in der Krise: Tagung
- Kultur-Freiwilligendienst: Bewerbung
- Weltdienst 30+ von SES
- Hinweis

SCHWERPUNKT: ENGAGEMENT GEGEN FLUCHTURSACHEN

Wölken: Starke Umweltpolitik zur Eindämmung von Klimaflucht

Umweltpolitik als Mittel zur Eindämmung von Klimaflucht ist das Thema von MdEP Tiemo Wölken, Mitglied im Haushaltsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied in Umweltausschuss und Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments. Je nach Rechnung können bis 2050 mittelbar durch Klimaveränderungen bis zu 200 Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen. Da sowohl in der Flüchtlingskonvention als auch im Zusatzprotokoll von 1967 der Klimawandel nicht als Fluchtursache anerkannt ist, droht ihnen ein rechtlich unklarer Status. Eine rechtliche Klärung auf weltweiter Ebene herbeizuführen ist daher wichtig. Notwendig ist vor allem aber eine präventive Umweltpolitik, um umweltverursachte Migration so gut es geht zu vermeiden: »Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Flucht zeigt also, dass die Industrieländer mehr denn je ihre Umweltschutzbemühungen intensivieren müssen. Für die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten ist es eine präventive Maßnahme, um klimainduzierte Migration zu vermeiden und es Menschen zu ermöglichen, in ihrer Heimat zu bleiben.«

[Beitrag von Tiemo Wölken, MdEP](#) (PDF, 389 kB)

[nach oben](#)

Rücker: 50 Jahre Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen

Die Menschenrechtspakte und ihre politische Rolle sind das Thema des Beitrages von Dr. Joachim Rücker, ehemaliger Botschafter und Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen in Genf und 2015 Präsident des UN-Menschenrechtsrats. Er stellt den gesamten Komplex der Internationalen Charta der Menschenrechte dar, bestehend aus der Internationalen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (VN-Sozialpakt) und dem Internationalen Pakt für bürgerliche und zivile Rechte (VN-Zivilpakt). Dabei unterstreicht er die gleichrangige und häufig unterschätzte Rolle des Sozialpakts und des Zivilpakts (vgl. auch Schwerpunkt Europa-Nachrichten 1/2017). Massive Verstöße gegen die Pakte gehören zu den zentralen Fluchtursachen. Zugleich diskutiert er die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen, um die Menschenrechte überall durchzusetzen, sowie die Bedrohungen der Zivilgesellschaft durch staatliche Aktivitäten. Er sieht »mit Sorge ein Wiederaufflammen von Populismus, Hass und Gewalt, in Deutschland, in Europa, aber auch weltweit. Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle dabei, diesen Entwicklungen in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung entgegen zu wirken und für die Menschenrechte aller einzutreten.«

[Beitrag von Dr. Joachim Rücker](#) (PDF, 389 kB)

[nach oben](#)

Kotthaus: Engagement gegen Fluchtursachen

Das Engagement gegen Fluchtursachen seitens der Europäischen Kommission ist das Thema des Beitrages von Elisabeth Kotthaus, stv. Leiterin der Politischen Abteilung der Vertretung der Europäischen Kommission. Detailliert stellt sie die Vorschläge und die Strategie der Kommission dar, um der Fluchtursachen Herr zu werden. Ebenso unterstreicht sie den Willen zur Transparenz in diesen Fragen und beschreibt die Verfahren, die die Kommission dafür nutzt. Zugleich ordnet sie das Engagement der Kommission im Kampf gegen Fluchtursachen als eine der vier Säulen der allgemeinen Migrationsagenda ein, die weitere Punkte wie etwa Grenzschutz oder eine neue Politik für legale Einwanderung einschließt.

[Beitrag von Elisabeth Kotthaus](#) (PDF, 150 kB)

[nach oben](#)

Rieken: Ziviler Friedensdienst und Flucht

Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen ist das Thema des Beitrages von Martina Rieken, Koordinatorin für die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit des Konsortiums Ziviler Friedensdienst (ZFD). Dabei stellt sie die praktische Arbeit des ZFD in einer Reihe von Ländern in den Mittelpunkt - vom Südsudan über den Senegal bis nach Mexiko. Friedliche Konfliktbearbeitung ist auch die Voraussetzung für die Möglichkeit zur Rückkehr von Geflüchteten in ihre Heimat: »Wenn Menschen dennoch fliehen müssen, gilt es, ihnen mit gewaltfreien und zivilen Mitteln beiseite zu stehen: ZFD-Fachkräfte und ihre Partner leisten psychosoziale Hilfe, schützen Menschenrechte, fördern das friedliche Zusammenleben zwischen Geflüchteten und einheimischer Bevölkerung und unterstützen Menschen, die in ihre Heimat zurückkehren möchten.«

[Beitrag von Martina Rieken](#) (PDF, 397 kB)

[nach oben](#)

Renner: Fluchtursachen vermeiden - aber wie?

Wege, um Flucht vorzubeugen, sind am Beispiel Afrikas das Thema des Beitrages von Peter Renner, Stiftung Menschen für Menschen - Karlheinz Böhm's Äthiopienhilfe. Bildung, nachhaltiger Ackerbau und Aufforstung, medizinische Versorgung sowie Arbeitsplätze in der Heimat stellen solche Wege dar. Dabei ist es aber wichtig, Einzelmaßnahmen nicht zu überschätzen, denn sie wirken nur

nachhaltig, wenn die ganzen Lebensumstände dabei im Blick sind und besser werden. Ebenso reichen Hilfe und Unterstützung nicht, sondern echte wirtschaftliche Entwicklung ist notwendig: »Weder die Maßnahmen und Projekte der Länder noch die Aktionen der Hilfsorganisationen allein werden ausreichen, genügend Jobs für die Menschen in Afrika zu schaffen. Die Wirtschaft in Deutschland und in Europa ist gefordert, sich in Afrika langfristig zu engagieren.«

[Beitrag von Peter Renner](#) (PDF, 394 kB)

[nach oben](#)

Braunsdorf: Fluchtursachen Made in Europe

Der Zusammenhang zwischen Migration, Flucht und europäischer Politik ist das Thema des Beitrages von Felix Braunsdorf, Ansprechpartner für die Themen Migration und Entwicklung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Die Bekämpfung von Fluchtursachen »vor Ort«, wie es oft heißt, macht ohne eine Bekämpfung der durch Europa verursachten Fluchtursachen wenig Sinn. Hierzu gehören die Ausgestaltung von Handelsverträgen, die Einschränkung der Regulierungs- und Handlungsfähigkeiten von Staaten, die militärische Interventionspraxis oder europäische Waffenexporte. Die Einengung des Blicks auf Fluchtursachen vor Ort geht zudem mit einer Einengung auf politische Fluchtgründe einher. Dadurch geraten europäische Ursachen von Flucht aus dem Blick: »In einer zunehmend globalisierten Welt hat die europäische Politik z. T. erhebliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Menschen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb Europas.« Dieser Artikel ist eine aktualisierte Version des Beitrags »Fluchtursachen Made in Europe«, veröffentlicht auf der Internetseite der Friedrich-Ebert-Stiftung.

[Beitrag von Felix Braunsdorf](#) (PDF, 391 kB)

[nach oben](#)

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

Kommission und Parlament: Zunehmender Drehtüreffekt

Die amerikanische politische Elite in Washington hatte es vorgemacht, die europäische ist auf dem gleichen Weg: Zwischen 1974 und 2012 stieg der Anteil der US-amerikanischen Abgeordneten, die nach ihrem Mandat zu offiziellen LobbyistInnen wurden, von 3 Prozent auf über 50 Prozent. Von den 485 Europaabgeordneten, die 2014 nicht mehr ins Europäische Parlament kamen, haben 30 Prozent diesen Weg genommen – und mehr als die Hälfte der KommissarInnen.

Das gehört zu den Ergebnissen einer Analyse von Transparency International über Karrieren früherer PolitikerInnen. Sven Giegold, Sprecher der deutschen Grünen im Europäischen Parlament, kommentiert die Studie: »Es öffnet Tür und Tor für Politikverdruss, wenn Politiker nach ihrem Mandat die schnelle Drehtür in die Wirtschaft nehmen. (...) Es ist absurd, dass für Mitarbeiter von EU-Abgeordneten eine Karenzzeit von zwei Jahren gilt, die Parlamentarier selbst aber sofort Lobbyisten werden können.« Vorschläge von 100 Europaabgeordneten aus fünf Fraktionen für eine Karenzzeit von Abgeordneten fanden im Dezember 2016 keine Mehrheit im Europäischen Parlament.

[Studie von Transparency International](#) (PDF, 2,63 MB)

[nach oben](#)

Weltweite Erosion der Menschenrechte

Wenn Amnesty International einmal im Jahr seinen Bericht zur weltweiten Lage der Menschenrechte vorlegt, geht es zumeist um die Situation in Diktaturen oder Kriegsgebieten, um Morde und Folter. In diesem Jahr aber liegt der Berichtsschwerpunkt auf Politiken der Ausgrenzung auch in demokratischen Staaten. Amnesty International warnt vor diesem Hintergrund vor einer Erosion der Menschenrechte. Generalsekretär Salil Shetty schreibt im Vorwort bündig: »Die Welt wurde 2016 finsterner und unsicherer«.

[Amnestybericht zur Lage der Menschenrechte](#)

[nach oben](#)

EUD und JEF unterstützen Grassroots-Aktionen zu Europa

Mit einem gemeinsamen Appell wenden sich Christian Moos, Generalsekretär der Europa Union Deutschland (EUD), und Manuel Gath, Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), an die »schweigende Mehrheit«. Mit Blick auf die Sonntagsdemonstrationen, die die private Initiative »Pulse of Europe« seit kurzem in verschiedenen deutschen Städten organisiert, oder auf »Stand up for Europe« werben sie dafür, in einem breiten Bündnis Flagge zu zeigen für Europa: »Unsere Aufgabe als etablierte Verbände der proeuropäischen Zivilgesellschaft muss es sein, diese neuen Bewegungen zu unterstützen und einen Beitrag dafür zu leisten, sie zu einem Erfolg zu machen.«

[Gemeinsamer Appell](#)

[nach oben](#)

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

Europäisches Solidaritätskorps: Öffentliche Konsultation

Seit dem 6. Februar 2017 läuft bei der Europäischen Kommission eine öffentliche Konsultation zum Europäischen Solidaritätskorps. Das Europäische Solidaritätskorps soll jungen Menschen Möglichkeiten zur Unterstützung von Bedürftigen und Gemeinschaften in Not eröffnen. Das Angebot soll Freiwilligeneinsätze sowie Arbeits-, Praktikums- und Ausbildungsstellen mit Solidaritätsbezug für junge Interessenten umfassen, sowohl in deren Heimatland als auch im Ausland. Es handelt sich um eine gezielte Konsultation einer Auswahl der wichtigsten Beteiligten, die Ende 2016 erfolgte. Außerdem wird separat eine Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten erfolgen. Zielgruppen dieser öffentlichen Konsultation sind insbesondere junge Menschen und Personen in Berufen, die auf junge Menschen ausgerichtet sind, z.B. JugendarbeiterInnen und ErzieherInnen. Ebenso sollen sich besonders private Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft sowie Behörden beteiligen, die Freiwilligentätigkeiten oder Praktika mit Solidaritätsbezug anbieten. In der Konsultation geht es um die Festlegung grundlegender Prioritäten und um die praktische Umsetzung des Europäischen Solidaritätskorps. Die Konsultation endet am 2. April 2017. Eine Beteiligung kann nur in Form der Beantwortung des Online-Fragebogens erfolgen. Der Online-Fragebogen ermöglicht allerdings den Teilnehmenden das Hochladen einer Datei, z.B. ein Positionspapier. Dieses Dokument wird dann zusammen mit der Antwort veröffentlicht.

[Öffentliche Konsultation zum Europäischen Solidaritätskorps](#)

[nach oben](#)

Europa für Bürgerinnen und Bürger: Öffentliche Konsultation

Seit dem 9. Januar 2017 läuft bei der Europäischen Kommission eine öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB)«. Im Fokus stehen die Förderjahre 2014-2016. Die Konsultation soll dazu dienen, Meinungen und Erfahrungen zu den Ergebnissen und Wirkungen des Programms einzusammeln. Insbesondere richtet sie sich an Personen und Organisationen, die in irgendeiner Beziehung zum Programm standen bzw. stehen, inklusive solche, die mit ihren Vorhaben nicht zum Zuge kamen. Die Konsultation wird mit einem Online-Fragebogen durchgeführt und endet am 10. April 2017.

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung von EfBB](#)

[nach oben](#)

Feedback für bessere Rechtsetzung

Neben Europäischer Bürgerinitiative, öffentlichen Konsultationen, Beschwerden und Petitionen baut die Europäische Kommission ein weiteres Mitwirkungselement für BürgerInnen aus: das seit vergangenem Jahr mögliche Feedback zu Entwürfen für Rechtsakte. Dieses Instrument steht im Rahmen der Agenda für bessere Rechtsetzung der Europäischen Kommission. Dabei geht es um Entwürfe für Rechtsakte, die entweder bestehende Rechtsvorschriften ergänzen bzw. ändern oder Bedingungen für eine EU-weit einheitliche Anwendung bestehender Rechtsvorschriften festlegen. Auch wenn die Entwürfe immer nur in einer Sprache angefertigt werden, ist eine Meinungsäußerung in jeder EU-Amtssprache möglich. Das noch in der Entwicklung befindliche Instrument soll zur zentralen Sammelstelle für alle Arten von Beiträgen von BürgerInnen sowie InteressenträgerInnen in den verschiedenen Phasen des Rechtsetzungsprozesses werden.

[Feedback für bessere Rechtsetzung](#)

[nach oben](#)

Bürgerschaftliches Engagement und Entwicklungspolitik

Am 27. April 2017 findet in Essen ein Seminar statt zum Thema: »Bürgerschaftliches Engagement und Entwicklungspolitik im europäischen Kontext«. Veranstaltet wird es von der Kontaktstelle »Europa für Bürgerinnen und Bürger« und der Mitmachzentrale von Engagement Global. Die Veranstaltung dient der Information und Vernetzung mit dem Schwerpunkt europäische Partizipation und Entwicklungspolitik. Sie richtet sich an zivilgesellschaftliche Organisationen und Kommunen mit europäischen und weltweiten Partnerschaften sowie an klassische TrägerInnen der Entwicklungszusammenarbeit. Das Seminar bietet u.a. die Möglichkeit, sich intensiver über verschiedene Förderprogramme zu informieren.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

Bürgerdialoge: »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!«

Nach den erfolgreichen Reihen »TTIP - Wir müssen reden!« und »Europas Grenzen: Wir müssen reden!« setzt die Europa-Union Deutschland das Format der Bürgerdialoge auch 2017 fort. Unter dem Titel »Und jetzt, Europa? Wir müssen

reden!« lädt die größte Bürgerinitiative für Europa in Deutschland zum Bürgerdialog mit PolitikerInnen und ExpertInnen, zum Austausch von Meinungen und Erfahrungen, Erwartungen, Hoffnungen und Enttäuschungen. Diesmal gibt es je Veranstaltungsort einen anderen thematischen Schwerpunkt. Der Auftakt der Reihe findet am 16. März 2017 in der Bremischen Bürgerschaft unter dem Thema »Handel und Globalisierung: Europas Rolle in einer Welt im Umbruch« statt. Weitere fünf Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet sind in Planung.

[Anmeldung](#)

[Programm](#) (PDF, 675 kB)

[Weitere Informationen auf Facebook](#)

Hashtag auf Twitter: #eud_dialog

[nach oben](#)

Symposium der AG »Europa und Internationales«: Engagement gegen Fluchtursachen

Das Schwerpunktthema der vorliegenden Ausgabe steht auch im Mittelpunkt des Symposiums, das die BBE-Arbeitsgruppe »Europa und Internationales« am 3. April 2017 in Berlin im BBE veranstaltet. Das Symposium mit dem Titel »Internationale Fluchtbewegungen und zivilgesellschaftliche Antworten« betrachtet unterschiedliche Fluchtursachen und beleuchtet die Verantwortung der westlichen Industrieländer für nachhaltige und friedliche Entwicklung in Krisenregionen. In einer Fishbowl-Diskussion werden die Rolle der Zivilgesellschaft sowie Bürgerschaftliches Engagement im Globalen und lokalen Wandel thematisiert. Das Programm wird zeitnah auf der BBE-Internetplattform veröffentlicht.

Anmeldung unter
E-Mail: info@b-b-e.de

[nach oben](#)

Engagement für Geflüchtete im europäischen Vergleich: Konferenz

Der Umgang mit der anhaltenden Flüchtlingsbewegung stellt eine große Herausforderung für alle europäischen Länder dar. Dabei ist - unabhängig von den jeweiligen politischen Paradigmen zu Aufnahme und Integration in den Nationalstaaten - in ganz Europa ein ungeteiltes zivilgesellschaftliches Engagement für die Unterstützung und Integration Geflüchteter zu beobachten. Beispiele dieser Ansätze und Programme aus verschiedenen europäischen Ländern will das BBE am 4. und 5. Mai 2017 im Rahmen einer europäischen Konferenz in Berlin vorstellen und diskutieren. Nicht zuletzt soll damit ein europäischer zivilgesellschaftlicher

Diskurs über wertegebundene Ansätze und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Engagement für Geflüchtete angeregt werden. Anmeldungen werden ab dem 6. März 2017 über die BBE-Internetplattform möglich sein.

[nach oben](#)

Europas Freiwilligenhauptstadt 2019: Ausschreibung

Zum fünften Mal begibt sich 2017 das Europäische Freiwilligenzentrum CEV mit einem Wettbewerb auf die Suche nach der Stadt, die nach Barcelona (2014), Lissabon (2015), London (2016), Sligo (2017) und Aarhus (2018) zu Europas Freiwilligenhauptstadt wird. Die Bewerbungsphase dauert bis zum 30. Juni 2017. Die Auswahl orientiert sich an den Kriterien der »Policy Agenda for Volunteering in Europe« (P.A.V.E.), in der Fragen des Qualitätsmanagements, der Infrastruktur oder auch der Anerkennung von und für Ehrenamtliche behandelt werden. Neu hinzugekommen ist als Auswahlkriterium die Implementierung des Europäischen Freiwilligenkorps. Bei der letzten Runde hatte sich keine deutsche Stadt beworben. Mirko Schwärzel, deutsches Vorstandsmitglied im CEV und Leiter des Arbeitsbereichs Europa im BBE, hofft weiterhin, dass sich dies ändern wird, denn »es gibt ohne Zweifel sehr viele deutsche Städte, die sich in der Engagementförderung in besonderer Weise auszeichnen«.

[Weitere Informationen zum Wettbewerb](#)

[nach oben](#)

Europäische Engagementstrategien entwickeln: Konferenz in London

Das Europäische Freiwilligenzentrum (CEV) lädt am 6. und 7. April 2017 zur Konferenz »Developing European Volunteering Strategies (DEVs)« in die Londoner City Hall. Die Konferenz blickt auf unterschiedliche nationale engagementpolitische Ansätze und Strategien und entwickelt Grundsätze einer zukünftigen EU-Engagementpolitik. In Arbeitsgruppen teilen ExpertInnen aus Politik und Zivilgesellschaft ihre Erfahrungen und entwickeln eine Zusammenstellung guter Beispiele auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Das BBE richtet einen Workshop zur engagementpolitischen Dimension der Integration von MigrantInnen und Geflüchteten aus.

[Anmeldung und weitere Informationen](#)

[nach oben](#)

FACHDISKURS

30 Jahre Erasmus-Programm

Vor 30 Jahren startete Erasmus als Programm der Europäischen Union zur Förderung der Mobilität von Studierenden. Seitdem haben sich die Zielgruppen erweitert und aus Erasmus wurde Erasmus+. Über neun Millionen Menschen sind im Rahmen von Erasmus in Europa gefördert worden. Das ist der Kommission Anlass gewesen, in Brüssel am 27. Januar 2017 zu feiern - und alle in Europa aufzurufen, zu feiern und auch über Erasmus bzw. Erasmus+ zu diskutieren. Hierfür steht auch eine Online-Plattform im Netz, bei der man eigene Veranstaltungen und Geschichten über Erasmuserfahrungen einstellen oder Infomaterialien herunterladen kann.

[Online-Plattform 30 Jahre Erasmus-Programm](#)

[nach oben](#)

EU-Urheberrechtsreform: Veranstaltung und Dokumentation

Am 2. März 2017 findet in Berlin eine Veranstaltung zur geplanten Urheberrechtsreform statt, die weitreichende Auswirkungen auch in Bereichen des Freien Wissens und des digitalen Engagements haben kann. Was die EU-Kommission bisher unter Federführung von Günther Oettinger als Reformvorschlag vorgelegt hat, birgt einige Probleme fürs Linke, Like und Bloggen von Inhalten. Schwammige Regelungen nehmen auch »normale« InternetnutzerInnen ins Visier, benachteiligen mitunter Freiwilligenprojekte und führen neue Verpflichtungen zur Überwachung von NutzerInnenbeiträgen ein. Die Veranstaltung wird von Wikimedia Deutschland und Mozilla gemeinsam mit ExpertInnen durchgeführt, Vernetzungsmöglichkeiten eingeschlossen. Die Veranstaltung wird aufgezeichnet und im Netz unter einem schon mitgeteilten Link zur Verfügung gestellt.

[Informationen und Link zur Veranstaltungsdokumentation](#)

[nach oben](#)

EU-Flüchtlingspolitik in der Krise: Tagung

Am 29. März 2017 findet in Berlin eine Tagung statt zum Thema: »EU-Flüchtlingspolitik in der Krise - Blockaden, Entscheidungen, Lösungen«, organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Präsentiert und diskutiert wird ein Gutachten von Petra Bendel, das einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Debatten und Konzepte zur Flüchtlingspolitik der EU gibt.

[Programm und Möglichkeiten der Anmeldung](#)

[nach oben](#)

Kultur-Freiwilligendienst: Bewerbung

Am 1. März 2017 beginnt die neue Bewerbungsrunde für einen internationalen Freiwilligendienst mit »kulturweit«. Junge Menschen, die sich in Bildungs- und Kultureinrichtungen weltweit engagieren wollen, können sich für ein Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland bewerben. Der Freiwilligendienst beginnt am 1. März 2018. Er richtet sich an alle zwischen 18 und 26 Jahren, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben und über einen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Ausbildung verfügen. TeilnehmerInnen werden intensiv auf ihren Einsatz im Ausland vorbereitet, pädagogisch begleitet und finanziell unterstützt. Dies schließt einen Versicherungsschutz, Zuschüsse zu den Reisekosten, Sprachkurse und monatlich 350 Euro ein. »kulturweit« ist ein Projekt der Deutschen UNESCO-Kommission und wird in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt durchgeführt. PartnerInnen sind der Deutsche Akademische Austauschdienst, das Goethe-Institut, die Deutsche Welle Akademie, das Deutsche Archäologische Institut, der Pädagogische Austauschdienst in Kooperation mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen sowie zahlreiche UNESCO-Nationalkommissionen weltweit. Bewerbungsende ist der 2. Mai 2017.

[Weitere Informationen und Bewerbung](#)

[nach oben](#)

Weltdienst 30+ von SES

2017 hat der Senior Experten Service (SES) den Weltdienst 30+ ins Leben gerufen. Er nimmt seither nicht nur Fach- und Führungskräfte im Ruhestand, sondern auch Berufstätige in sein ExpertInnenregister auf. Erwartet werden mindestens acht Jahre relevante Berufserfahrung, Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Ausland, sprachliche und interkulturelle Kompetenz, zeitliche Flexibilität, eine Freistellung des Arbeitgebers und eine Kranken- und Sozialversicherung in Deutschland. Bei Einsätzen im kinder- und jugendnahen Bereich ist zudem ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen. Mit dem Weltdienst 30+ will der SES das ehrenamtliche Engagement der mittleren Generation in der Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands fördern. Einsätze im Rahmen dieses Dienstes dauern im Schnitt vier bis sechs Wochen und maximal ein halbes Jahr. Sie werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt.

[Weitere Informationen zum Weltdienst 30+](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 28. März 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an
E-Mail: europa-bbe@b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Gastbeiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im Europa-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel, Mirko Schwärzel und Nino Kavelashvili.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

V.i.S.d.P.: Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

